

Lizenz zum Klima-Killlen

von Norbert Trenkle

1.

Von der CO₂-Steuer zu sagen, sie erziele nicht die versprochenen Wirkungen, ist eine Verharmlosung. Auf's Ganze betrachtet, wird sie weder eine nennenswerte Reduktion der klimaschädlichen Emissionen bewirken, noch gar eine „ökologische Transformation“ der Marktwirtschaft einleiten, sondern ist vielmehr ein Freibrief, den sich die Gesellschaft ausstellt, um genauso weitermachen zu können wie bisher. Um das zu verstehen, braucht es nicht viel Phantasie. Ein wenig Erfahrungswissen genügt. Selbst wenn die Steuer hier und dort gewisse Einspareffekte beim CO₂-Ausstoß bewirken mag, ist doch völlig absehbar, dass diese durch einen gesteigerten Ressourcenverschleiß an anderer Stelle konterkariert werden. Dieser Mechanismus ist längst bekannt und wurde in der Postwachstums-Literatur breit diskutiert. So werden etwa relative Einsparungen beim Energieverbrauch (z.B. effizientere Motoren) durch eine Ausdehnung des absoluten Verbrauchs überkompensiert (z.B. größere Autos und höhere Stückzahlen). Das ist der sogenannte materielle Rebound-Effekt. Des Weiteren liefern politische Maßnahmen mit einem ökologischen Anstrich die Legitimation dafür, die

bestehende Produktions- und Lebensweise aufrechtzuerhalten und das Wirtschaftswachstum weiter anzukurbeln; denn schließlich wurde ja vorgeblich bereits ein relevanter Beitrag zur Erhaltung von Natur und Umwelt geleistet. Man spricht hier von dem politischen Rebound-Effekt. Typisches Beispiel dafür war die Einführung der Abgaskatalysatoren in den 1980er-Jahren, welche die PKWs „umweltfreundlich“ machen sollte, tatsächlich aber lediglich das Alibi dafür lieferte, den Autoverkehr weiter auszubauen (seitdem hat er sich in Deutschland verdoppelt). Und schließlich gibt es auch noch den psychologischen Rebound-Effekt, der darin besteht, den Konsumenten ein gutes Gewissen zu verschaffen, damit sie weiterhin ungehemmt den massenhaft produzierten Warenschrott kaufen.

Bedürfte es irgendwelcher Belege, dass die CO₂-Steuer genau auf diese Weise wirken wird, die laufende Debatte liefert sie frei Haus. Alle politisch Verantwortlichen quer durch das gesamte Parteienspektrum überschlagen sich förmlich in der Anpreisung der erwarteten Einspareffekte, um dann sogleich hinterherzuschieben, die Steuer dürfe selbstverständlich die Gesellschaft nicht über Gebühr belasten. Am absurdesten sind die Vorschläge, die Einnahmen aus der neuen Steuer sogleich wieder an die Bevölkerung auszuschütten. Denn auch wenn dabei tatsächlich

diejenigen belohnt würden, die einen etwas niedrigeren CO₂-Fußabdruck als der Durchschnitt aufweisen, werden sie sicherlich das zusätzliche Einkommen sogleich wieder im Konsum anlegen, so dass der Ressourcenverbrauch nur an anderer Stelle anfällt. Den Vogel abgeschossen hat in dieser Hinsicht mal wieder die Ökopartei CSU in Gestalt ihres obersten Umweltaktivisten Markus Söder, der ohne jeden Sinn für unfreiwillige Komik vorgeschlagen hat, die Belastungen durch die CO₂-Steuer sollten durch eine Erhöhung der Pendlerpauschale kompensiert werden. Wer also mit dem Auto zur Arbeit fährt, wird zunächst an der Tankstelle zur Kasse gebeten, um das Geld dann über die Steuererklärung wieder zurückzubekommen.

2.

Sollte die CO₂-Steuer tatsächlich ökologisch einen nennenswerten Effekt haben, müsste sie hoch genug sein, um den Konsum aller energieintensiven Waren und Dienstleistungen massiv einzuschränken. Das beträfe dann allerdings fast die gesamte Palette des Konsums, angefangen beim Autoverkehr und der Heizung, über den Flugverkehr bis hin zu den meisten Industrie- und Agrarprodukten. Natürlich wird das nicht geschehen. Und zwar nicht einfach deshalb, weil die Interessenverbände der Industrie und der

Wirtschaft das mit allen Mitteln zu verhindern suchen (das tun sie selbstverständlich), sondern weil keine relevante politische Partei sich an der inneren Logik eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems versündigen wird, das seinem Wesen nach auf dem Imperativ des endlosen ökonomischen Wachstums beruht. Dieser Wachstumszwang resultiert daraus, dass im marktwirtschaftlichen System die Produktion gesellschaftlichen Reichtums aufs Ganze gesehen nur einem einzigen Zweck unterliegt: dem Zweck, aus Geld mehr Geld zu machen. Das Geld ist aber Ausdruck einer historisch ganz spezifischen Form gesellschaftlichen Reichtums. Es repräsentiert *abstrakten Reichtum*, Reichtum, der sich gleichgültig verhält gegenüber den stofflich-konkreten Grundlagen und Bedingungen seiner Produktion. Was zählt, ist allein, dass der Mechanismus der Geldvermehrung, also die Akkumulation von Kapital, in Gang bleibt, denn an ihm hängt die gesamte Gesellschaft wie der Junkie an der Nadel.

Die Produktion abstrakten Reichtums hat jedoch immer auch eine konkret-stoffliche Seite. Es werden Güter produziert, Transporte getätigt, Maschinen in Gang gesetzt, Rohstoffe geschürft, Wälder gerodet, und dabei wird natürlich immer auch Arbeitskraft vernutzt. All dies ist aber immer nur *Mittel* für den eigentlichen Zweck der Produktion. Die stofflich-konkrete Welt ist also der Produktion des abstrakten Reichtums untergeordnet. Und hiermit sind wir auch schon beim Kern des Problems. Denn anders als in der stofflich-konkreten Welt

gibt es
in der Welt des abstrakten Reichtums keine Grenzen. In ihr
regiert
das Gesetz der endlosen Vermehrung. Hat eine Summe Kapital
einen
Gewinn abgeworfen, fungiert dieser in der nächsten Periode
selbst
als Kapital und muss seinerseits Gewinn erzeugen, der dann
auch
wieder investiert werden muss, und so weiter und so fort. Es
liegt
auf der Hand, dass diese Zwangsdynamik nicht kompatibel ist
mit der
natürlichen Begrenztheit der stofflich-konkreten Welt.
Vielmehr
läuft die Produktion abstrakten Reichtums zwangsläufig darauf
hinaus, die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Je
weiter
sich die kapitalistische Produktionsweise auf dem gesamten
Globus
durchsetzt hat und je weiter sie expandiert, desto schneller
schreitet auch diese Zerstörung voran. Denn der Hunger der
abstrakten Reichtumsproduktion nach stofflichen Ressourcen
wächst in
exponentiellem Maßstab an. Das ist keine neue Einsicht. Schon
im 19.
Jahrhundert wiesen einige Autoren darauf hin – darunter auch
ein
gewisser Karl Marx. Und spätestens seit im Jahr 1972 der erste
Bericht des Club of Rome erschien, ist die Erkenntnis, dass es
„Grenzen des Wachstums“ gibt, auch ins allgemeine Bewusstsein
durchgedrungen.

Dass trotzdem immer so weiter gemacht wird, als
sei das alles eine Fußnote der Geschichte, liegt nicht an der
Unfähigkeit der Politik oder an ihrem Unwillen, die

Erkenntnisse der Wissenschaft ernst zu nehmen, wie viele in der Fridays for Future-Bewegung meinen. Der Grund ist vielmehr das ungeheure Beharrungsvermögen einer gesellschaftlichen Produktions- und Lebensweise, die sich mittlerweile auf der gesamten Welt durchgesetzt hat und daher als alternativlos erscheint. Denn auch wenn die allermeisten Menschen über kein Kapital verfügen, sind sie doch genauso darauf angewiesen, dass der Akkumulationsprozess in Gang bleibt. Um unter den herrschenden Bedingungen zu überleben, müssen sie entweder ihre Arbeitskraft verkaufen oder hängen auf andere Weise von Geldflüssen ab, etwa in der Gestalt von Sozialleistungen, die aber auch aus dem Kreislauf des Kapitals gespeist werden müssen. Deshalb drehen sich auch die meisten Interessenkämpfe um die Verteilung von Geld und setzen den dahinterstehenden Mechanismus als selbstverständlich voraus. Das ist der tiefere Grund, weshalb das Wirtschaftswachstum den Status einer Religion genießt und nur von gesellschaftlichen Minderheiten ernsthaft in Frage gestellt wird. Und das liegt nicht daran, dass die Menschen mehrheitlich dumm oder borniert wären. Sie wissen einfach nur sehr genau, dass unter den herrschenden Bedingungen eine Schrumpfung der Wirtschaft nichts Gutes für sie bedeuten würde.

Ein konsequenter und zeitnaher Umbruch der energetischen Basis wäre ein so gravierender Einschnitt, dass er sich insbesondere in den kapitalistischen Zentren gar nicht ohne schwerste ökonomische, soziale und politische Verwerfungen durchsetzen ließe. Denn die massive Entwertung bestehender Industrieanlagen und Infrastrukturen würde einen wirtschaftlichen Schock auslösen und eine schwere Krise nach sich ziehen, deren Kosten zudem sehr ungleich verteilt wären. Sie träfe vor allem jene Regionen und Bevölkerungsteile, die in besonderem Maße von den fossilen Industrien und Strukturen abhängig sind. Hinzu kämen noch die gewaltigen Kosten auf der Konsumseite. Millionen von konventionellen PKWs würden faktisch entwertet, Wohnhäuser müssten massenhaft neue Heizungen erhalten und wärmegeklämt werden, während gleichzeitig die Preise für praktisch alle Lebensmittel und Konsumgüter in die Höhe schössen. Auch hiervon wären wieder vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen betroffen, die über keine finanziellen Spielräume verfügen.

3.

Wenn also die Gegner der CO₂-Steuer diese als „unsozial“ brandmarken, dann haben sie durchaus starke Argumente auf ihrer Seite. Natürlich sind das ganz überwiegend Leute, denen die „soziale Frage“ sonst vollkommen egal ist und die sie hier

nur aus durchsichtigen politischen und ideologischen Motiven instrumentalisieren. Dennoch verweisen sie auf ein durchaus ernst zu nehmendes Problem. Die ohnehin bestehenden sozialen und regionalen Disparitäten würden sich zweifellos deutlich vergrößern, und damit verschärften sich auch die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte, wie jetzt schon an den Protesten der Gelbwesten deutlich wurde. Hinzu kommt noch, dass der Streit um die Klimapolitik längst schon ideologisch und identitätspolitisch aufgeladen ist und die Gesellschaft polarisiert. Die Leugnung oder totale Relativierung des Klimawandels gehört nicht zufällig zum Kernbestand der rechtspopulistischen Ideologie. Denn diese stellt wesentlich eine regressive Reaktionsform auf die Erfahrung dar, dass die westlich-weiße Vorherrschaft auf der Welt an ihre Grenzen stößt. Deshalb hasst die rechtspopulistische Gefolgschaft mit besonderer Inbrunst alle jene, die sie an den Verlust ihrer vermeintlich selbstverständlichen Privilegien erinnern. Neben den Flüchtlingen sind das nicht zuletzt die Klimaschützer*innen, die sich dagegen wenden, die Kosten des Lebensstils in den kapitalistischen Zentren auf die übrige Welt und die kommenden Generationen abzuwälzen.

Aus dieser angespannten politischen und gesellschaftlichen Situation erklärt sich, weshalb der politische Diskurs unter dem Druck der Fridays for Future-Bewegung die

Forderung

nach einer CO₂-Steuer zwar aufgegriffen hat, aber nur, um sie sogleich wieder auf ein homöopathisches Maß herunter zu dimensionieren. Auch die Grünen machen da keine Ausnahme. Sie treten

jetzt schon auf die Bremse und werden das erst recht tun, wenn sie

wieder an die Regierung gelangen sollten. Gemessen an dem engen

Spielraum politischen Handelns unter kapitalistischen Bedingungen ist

das durchaus rational; denn eine Regierung, die anders handelte,

würde eine unkontrollierbare gesellschaftliche Konfliktdynamik auslösen und binnen kürzester Zeit gestürzt. Das wissen im Grunde

auch diejenigen, die sich für eine konsequent hohe CO₂-Steuer einsetzen. Sie verdrängen es jedoch mit der Behauptung, diese sei

durchaus mit Wachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze kompatibel; es handle sich lediglich um ein Steuerungsinstrument, um

die marktwirtschaftlichen Aktivitäten in eine neue Richtung zu lenken und auf „nachhaltige“ Energieformen umzustellen. Angeblich

soll es sogar möglich sein, mit solchen und ähnlichen Maßnahmen

eine „ökologische Marktwirtschaft“ durchzusetzen.

Im Prinzip teilen fast alle Ökonomen die Ansicht, dass sich Marktwirtschaft und Ökologie versöhnen ließen, wenn man

es nur politisch geschickt anstelle. Gestritten wird lediglich darüber, welche Maßnahmen besser zum Ziel führten. Besonders angepriesen wird der Handel mit Emissionszertifikaten als Alternative

oder Ergänzung zur CO₂-Steuer. Doch zum einen gibt es diesen ja schon seit fast 15 Jahren auf EU-Ebene, wo er sich als ein ziemlicher Flop erwiesen hat, was ihre Anhänger natürlich immer nur auf die fehlerhafte Anwendung zurückführen. Zum anderen bewegt sich auch diese Maßnahme, selbst wenn sie einmal einigermaßen funktionieren sollte, in dem gleichen Dilemma wie die CO₂-Steuer. Wäre der Preis für die Zertifikate hoch genug, um eine ernsthafte Wirkung auf den CO₂-Ausstoß zu haben, würde er das „Wachstum“, also die Dynamik der Kapitalakkumulation abwürgen. Und das darf natürlich nicht sein, weshalb es auch nicht verwundert, dass der Preis pro Tonne CO₂ derzeit bei nur 25 Euro liegt. Und schließlich stellt sich ohnehin die Frage: Wenn die Regierungen in der Lage sind, den CO₂-Ausstoß der Unternehmen zu kontrollieren, warum schreiben sie dann nicht gleich entsprechende Grenzwerte vor, statt diese über den absurden Umweg eines höchst undurchsichtigen Marktes herstellen zu wollen?

Wenn überhaupt, sind es innerhalb der kapitalistischen Logik immer nur solche direkten staatlichen Vorgaben, die eine gewisse Wirkung erzielen können. Dagegen bedeutet der Versuch, beim Preismechanismus anzusetzen, immer nur einen Umweg

zu nehmen, der bestenfalls minimale Wirkungen und immer negative

Nebenwirkungen erzeugt. Das gilt für die CO₂-Steuer und die Emissionszertifikate genauso wie für die Vorstellung, die Produktionsweise ließe sich durch eine mit moralischem Druck bewirkte Veränderung des individuellen Konsumverhaltens verändern.

Populär sind solche Ideen nur deshalb, weil sie sich in die hegemoniale Ideologie einfügen, wonach der Markt durch die Summe der

Entscheidungen von angeblich souveränen Individuen und Unternehmen

gesteuert werde. Tatsächlich liegt jedoch der Antriebsmechanismus

der kapitalistischen Dynamik in der Akkumulation von Kapital und

damit in der Sphäre der Produktion, während Kaufentscheidungen immer nachgelagert und von dieser Dynamik abhängig sind.

4.

Grundsätzlich ist die Vorstellung einer „ökologischen Marktwirtschaft“ nichts anderes als eine Seifenblase. Zwar kann der Kapitalismus prinzipiell in vielfältiger

Weise reguliert und „eingehegt“ werden, auch wenn das im Zeitalter der Globalisierung immer schwieriger wird. (Ein „freier

Markt“ ohne Regulierung existiert nur in den Horror-Phantasien der

Hardcore-Liberalen; es hat ihn nie gegeben und es kann ihn nie geben.) Aber die Grundlogik des Wachstumszwangs, die auf dem Selbstzweck der Kapitalakkumulation beruht, lässt sich nun einmal

nicht wegregulieren, weil sie den Wesenskern des

marktwirtschaftlichen Systems ausmacht. Selbst wenn es also tatsächlich gelänge, die energetische Basis kurzfristig umzustellen, würde das die Wucht der ökologischen Zerstörung bestenfalls ein wenig abbremsen und auf andere Gebiete verschieben.

Schon jetzt werden quer durch die Bank so ziemlich alle Ressourcen

knapp, das Trinkwasser und sogar der Sand als Grundstoff für die

Bauindustrie. Und wenn tatsächlich der Individualverkehr auch nur

größtenteils auf Elektromobilität umgestellt würde, würde das zu

extremen Engpässen bei der „nachhaltigen Stromproduktion“ führen

und außerdem den ohnehin erbitterten Kampf um die knappen, aber

notwendigen Rohstoffe wie Lithium und die „seltenen Erden“ weiter

anfachen. Alle diese Beispiele verweisen letztlich nur auf den unauflösbaren Grundwiderspruch, dass ein Produktions- und

Wirtschaftssystem, das auf dem Imperativ der endlosen Kapitalakkumulation beruht, einfach nicht kompatibel ist mit der

natürlichen Begrenztheit der Welt.

Befinden wir uns also in einer Sackgasse? Ist die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen unvermeidlich? Ja, aber

nur, wenn wir die Logik des kapitalistischen Systems als unumstößlich

akzeptieren. Wenn wir es jedoch wagen, sie grundsätzlich infrage zu

stellen und praktisch zu durchbrechen, eröffnen sich neue

Perspektiven. Die Alternative zur Marktwirtschaft kann dabei

selbstverständlich nicht eine staatliche Planwirtschaft sein,

wie

wir sie aus den Zeiten des glücklicherweise verblichenen „Realsozialismus“ kennen. Denn der war nichts anderes als ein autoritär strukturierter, staatlich organisierter Kapitalismus. Auch hier stand die Produktion des abstrakten Reichtums im Mittelpunkt, nur bildeten sich Preise, Löhne und Gewinne nicht auf dem Markt, sondern wurden von der staatlichen Planungsbehörde vorgegeben. Und auch hier war das Wirtschaftswachstum der Maßstab des Erfolgs, nur dass die staatlichen Strukturen einfach zu starr und behäbig waren, um mit dem Westen mithalten zu können, den sie eigentlich bloß im Ausmaß der Umweltzerstörung übertrafen.

Die Frage, die sich heute stellt, ist nicht die nach mehr oder weniger Staat oder Markt. Sie geht weit über diese falsche Alternative hinaus. Die notwendige gesellschaftliche Transformation hat einen viel grundsätzlicheren Charakter. Sie betrifft nicht nur „die Wirtschaft“ und ihr Verhältnis zur „Ökologie“, sondern zielt auf einen weiten, qualitativ bestimmten Begriff von gesellschaftlichem Reichtum. Dieser schließt zwar einerseits die Orientierung auf den stofflichen Reichtum ein, bedeutet also notwendig eine Aufhebung der abstrakten Reichtumsproduktion. Andererseits darf gesellschaftlicher Reichtum nicht auf die materielle Güterproduktion im engeren Sinne reduziert werden. Gesellschaftlicher Reichtum bedeutet auch und vor

allem:

Reichtum an sozialen Beziehungen, bedeutet die Möglichkeit, sich frei entscheiden zu können, in welcher Weise man gesellschaftlich tätig sein will. Es sind Städte, Ortschaften und Landschaften, in denen die Menschen sich wohlfühlen; es ist der Erhalt der natürlichen Umwelt und vieles anderes mehr.

Die Transformation der gesellschaftlichen Reichtumsform schließt aber auch eine grundlegende Transformation der gesellschaftlichen Beziehungsform mit ein. Es geht um ein völlig anderes Verhältnis der Menschen untereinander, zu ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und zur natürlichen Umwelt. In der kapitalistischen Gesellschaft treten sich die Menschen als vereinzelt Einzelne gegenüber, die allesamt ihre partikularen Interessen gegeneinander verfolgen. Ihr Verhältnis ist das der allgemeinen Konkurrenz und der wechselseitigen Fremdheit; zugleich erscheint ihnen auch ihr gesellschaftlicher Zusammenhang als äußerlicher, fremder Gegenstand, zu dem sie sich instrumentell verhalten, so wie sie selbst ja nur Mittel im Dienste der abstrakten Reichtumsproduktion sind. Ausdruck davon ist die Verwandlung fast aller Beziehungen in Warenbeziehungen, was jeden und jede Einzelne dazu zwingt, sich ständig auf Marktfähigkeit und Verkäuflichkeit zu trimmen. Die Gleichgültigkeit der Menschen gegeneinander sowie gegenüber der Gesellschaft und den natürlichen

Lebensgrundlagen ist also ein Strukturprinzip des Kapitalismus. Die Alternative dazu kann nur eine Gesellschaft sein, die auf den Prinzipien der freien Kooperation und der Selbstorganisation beruht und in der Individualität nicht auf Abgrenzung und Selbstbehauptung beruht, sondern die individuelle Entfaltung jedes und jeder Einzelnen die Voraussetzung für die individuelle Entfaltung aller anderen ist.

5.

Das mag utopisch klingen, doch im Grunde ist der Boden dafür längst schon bereitet. Denn die kapitalistische Gesellschaft hat nicht nur gewaltige Gefahren und Bedrohungen hervorgebracht, sondern auch Potentiale, die in die oben gezeigte Richtung weisen. Allerdings können diese Potentiale nur in bewusster Frontstellung gegen die marktwirtschaftliche Logik verwirklicht werden. Denn andernfalls werden sie nicht nur neutralisiert, sondern verwandeln sich sogar in Triebkräfte für die weitere Beschleunigung der kapitalistischen Dynamik und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

In besonderem Maße gilt das für die zunehmende Bedeutung der Produktivkraft Wissen für die Gesellschaft und die

Reichtumsproduktion. Sinnvoll angewendet, würde sie es nicht nur ermöglichen, die für die Güterproduktion aufgewandte Zeit allgemein radikal zu reduzieren und trotzdem alle Menschen auf der Welt (und zwar wirklich alle) mehr als ausreichend mit stofflichem Reichtum zu versorgen. Sie birgt auch das Potential für eine ressourcenschonende und ökologisch verträgliche Produktion. Ein Beispiel: Durch eine umfassende Dezentralisierung der Produktionskreisläufe bei gleichzeitiger globaler Kooperation (freier Fluss des Wissens, Austausch der nicht regional verfügbaren Ressourcen etc.) würden nicht nur die Transportwege auf das nötige Mindestmaß verkürzt, sondern die Produktionszusammenhänge und Ressourcenflüsse wären auch viel überschaubarer und einer bewussten Steuerung leichter zugänglich.

Unter dem Diktat der kapitalistischen Rentabilitätslogik geschieht jedoch das genaue Gegenteil. So wurde, zum ersten, zwar die Arbeitszeit in den industriellen Kernsektoren extrem reduziert, aber nur um massenhaft Arbeitskräfte „überflüssig“ zu machen und in prekäre Arbeitsverhältnisse abzudrängen, während die verbliebenen einem umso intensiveren Leistungsdruck ausgesetzt sind. Zweitens ist die Produktion nur in einem negativen Sinne „dezentralisiert“ worden, insofern nämlich die verschiedenen Produktionsabschnitte nach Kostenkriterien über den gesamten Globus verteilt wurden, was nicht nur mit einer extremen Ausbeutung

der
Arbeitskräfte in der Peripherie einhergeht, sondern auch
allein
wegen des gewaltigen Transportaufwands unter ökologischen
Gesichtspunkten katastrophal ist. Und drittens schließlich
sind
viele umweltfreundliche und dezentral anwendbare Technologien
entweder verworfen worden, weil sie nicht „rentabel“ waren,
oder
wurden gleich von interessierten Unternehmen entsorgt, um sich
so vor
der Konkurrenz zu schützen.

In ähnlicher Weise werden beispielsweise die
Fähigkeiten zur Kooperation und zum selbstständigen Arbeiten,
die
in den modernen Unternehmen immer wichtiger geworden sind,
ständig
durch die allgegenwärtige Konkurrenz und den Leistungsdruck
sowie
den permanenten Zwang zur „Marktfähigkeit“ konterkariert (was
sich nicht zuletzt in einer starken Zunahme psychischer Leiden
niederschlägt). Oder es ist die an sich vernünftige Idee,
nicht
alle möglichen Güter zu besitzen, sondern sie zu teilen und
gemeinsam zu nutzen, innerhalb kürzester Zeit in ein neues
Geschäftsfeld verwandelt worden, das den Grundgedanken der
Sharing
Economy in ihr glattes Gegenteil verwandelt hat. So hat
beispielsweise Uber die ohnehin schon prekären
Arbeitsbedingungen im
Transportgewerbe noch einmal verschlechtert und im Übrigen
nicht
etwa zur Reduzierung, sondern zur Zunahme des Autoverkehrs in
den
Städten beigetragen, weil viele Leute sich lieber von einem

Dienstleistungssklaven chauffieren lassen als die U-Bahn oder den Bus zu nutzen. Und schließlich ist auch das Internet längst schon in ein riesiges Geschäftsfeld für die Unterhaltungsindustrie, die Werbebranche und die unterschiedlichsten kriminellen Machenschaften sowie in ein gigantisches Überwachungsinstrument verwandelt worden, während die darin enthaltenen (und anfangs euphorisch gefeierten) Potentiale für eine global vernetzte Kooperation und den freien Fluss des Wissens nur noch in Nischen genutzt werden.

6.

Die Aufzählung ließe sich fast endlos fortsetzen. Sie verweist auf die ungeheure Flexibilität und Attraktionskraft der kapitalistischen Logik, der es immer wieder gelungen ist, widerstrebende Tendenzen und Impulse zu integrieren und für die Fortsetzung der eigenen Akkumulationsdynamik nutzbar zu machen. Allerdings gibt es immer auch Einzelne, Gruppen und Initiativen, die sich dieser Logik widersetzen, auch wenn diese in der Regel randständig bleiben und erst im Rahmen von starken sozialen Bewegungen an Bedeutung gewinnen können. Hinzu kommt noch ein Weiteres. Zwar verfügt das kapitalistische System über eine ungeheure Fähigkeit, die Grenzen seiner Existenz immer wieder hinauszuschieben, aber der Preis dafür ist eine Verschärfung

des
Krisenpotentials und der damit einhergehenden
Zerstörungswucht. Das
betrifft nicht nur den unauflöslchen Widerspruch zwischen dem
Drang
zur endlosen Kapitalakkumulation und der natürlichen
Begrenztheit
der Welt, der durch symbolische Maßnahmen wie eine CO₂-Steuer
oder
andere Ersatzhandlungen wie die Moralisierung des Konsums so
lange
verdrängt wird, bis er ein Ausmaß erreicht, das tatsächlich
die
menschlichen Lebensbedingungen auf der Erde infrage stellt.

Auch auf der Ebene der ökonomischen Dynamik stößt
der Kapitalismus mittlerweile an seine historischen Grenzen.
Denn die
umfassende und systematische Automatisierung und
Digitalisierung der
Produktion seit den 1980er-Jahren zog nicht nur eine enorme
Erhöhung
des Arbeits- und Leistungsdrucks nach sich, sondern hatte auch
gewaltige Auswirkungen auf die Selbstzweckbewegung der
Kapitalverwertung. Da diese wesentlich auf der Anwendung von
Arbeitskraft in der Warenproduktion beruht, löste deren
massenhafte
Verdrängung zwangsläufig einen fundamentalen Krisenprozess
aus, der
bis heute anhält. Zwar hat auch hier wieder das
kapitalistische
System seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, die eigenen
Widersprüche zu verdrängen; der Schwerpunkt der
Kapitalakkumulation
wurde auf die Ebene der Finanzmärkte verlagert, wo das fiktive
Kapital, also der Vorgriff auf „zukünftigen Wert“ in der

Gestalt

von Anleihen, Aktien und anderen Finanzmarktpapieren seit bald vierzig Jahren den Takt der Weltwirtschaft vorgibt. Doch auch wenn es

so gelang, die historischen Grenzen der Kapitalakkumulation noch

einmal zu verschieben, ist der Preis dafür doch eine Vervielfachung

des Krisenpotentials, das sich in wiederkehrenden Finanzmarktkrisen

entlädt. Da jeder dieser Krisenschübe aber mit schöner

Regelmäßigkeit durch die „Produktion“ von noch mehr fiktivem

Kapital gelöst wird, also durch die Anhäufung von noch mehr

Sprengstoff, fällt zwangsläufig jede nachfolgende Explosion umso

heftiger aus. Schon jetzt zeichnet sich der nächste Crash an den

Finanzmärkten ab, der die ökonomischen, sozialen und politischen

Auswirkungen der Krise von 2008 bei Weitem in den Schatten stellen

wird.

7.

Für sich genommen, ist also die Tatsache, dass

die kapitalistische Dynamik in mehrfacher Hinsicht an ihre

historischen Grenzen stößt, keine gute Nachricht. Denn das

kapitalistische System bricht nicht einfach zusammen und verschwindet

im Nichts, vielmehr entfaltet es in dem Versuch, seine eigene

Existenz zu verlängern, noch einmal eine ungeheure

Zerstörungsgewalt

und hinterlässt, wenn es nicht daran gehindert wird, die Erde

als

verwüstetes Feld. Verhindern kann das nur eine globale Bewegung, die sich entschlossen gegen die kapitalistische Logik stellt und zugleich das Terrain für eine selbstorganisierte, kooperative Gesellschaft jenseits der abstrakten Reichtumsproduktion erkämpft.

Der Weg in eine solche Gesellschaft führt nicht über die Parlamente, aber auch nicht über die klassische Revolution der bürgerlichen Epoche nach dem Muster von 1789 oder 1917. Denn diese zielte immer schon darauf, den Gewaltapparat des Staates zu okkupieren, um ihn als Agentur für eine gesellschaftliche Transformation von oben zu nutzen, und reproduzierte damit nur das bestehende Herrschaftsverhältnis, statt es aufzuheben. Eine kooperative, selbstorganisierte Gesellschaft beruht jedoch auf dem Prinzip der freiwilligen Assoziation der gesellschaftlichen Individuen und kann daher nicht von oben verordnet, sondern nur von einer globalen Emanzipationsbewegung in einer konfliktreichen Auseinandersetzung mit der bestehenden Gesellschaft entwickelt werden. Die Spielräume dafür müssen aber erkämpft werden: durch die Aneignung der nötigen Ressourcen (Grund und Boden, Gebäude, Produktions- und Kommunikationsmittel etc.) für den Ausbau der eigenen Strukturen und durch das aktive Zurückdrängen der abstrakten Reichtumsproduktion und ihrer ebenso imperialen wie destruktiven Dynamik.

Entscheidend wird dabei natürlich auch der Kampf um die Deutungshoheit in der Gesellschaft sein. Die beiden Gegner sind klar definiert. Das ist einerseits die liberale Simulations- und Postpolitik, die unter der Berufung auf „Sachzwänge“ das marktwirtschaftlich-kapitalistische System für alternativlos erklärt und allenfalls zu ein paar kosmetischen Korrekturen bereit ist. Und es ist andererseits die Neue Rechte, die sich als Gegenmodell zum Liberalismus profiliert, obwohl sie nur dessen regressives Spiegelbild darstellt und für eine autoritäre, rassistische und offen gewalttätige Zuspitzung der Krisendynamik steht. Dazwischen jedoch liegt ein breites und heterogenes Feld von Diskursen, Bewegungen und Initiativen, aus dem sich eine gesellschaftliche Gegenmacht bilden könnte, wenn eine neue Perspektive gesellschaftlicher Emanzipation sichtbar und praktisch greifbar wird und eine synthetisierende Kraft entfaltet.

Die Fridays for Future-Bewegung birgt durchaus die Potentiale, zur Initialzündung einer solchen Gegenmacht zu werden.

Sie hat ein Bewusstsein für die existentielle und weltweite Dimension der Krise, sie ist global vernetzt und nicht-hierarchisch organisiert, sie will die Gesellschaft praktisch verändern – und sie hat die wichtige Erfahrung gemacht, dass sie mit entschlossenem Druck von unten gesellschaftlich und politisch etwas bewegen

kann.

Ihre Schwäche besteht allerdings darin, dass sie mit ihrer Kritik

und ihren Forderungen bisher noch ganz im Rahmen der herrschenden

gesellschaftlichen Funktionsweise verbleibt und politisch vor allem

die besonders konsequente Anwendung der CO₂-Steuer und von ähnlichen

politischen Instrumenten fordert sowie den Konsumverzicht propagiert.

Damit bewegen sich die Protestierenden aber in einem Diskursfeld, in

dem sie nur verlieren können, denn es ist ein Leichtes nachzuweisen,

dass diese Forderungen mit der marktwirtschaftlichen Systemlogik

nicht kompatibel sind. Will die Fridays for Future-Bewegung in der

Offensive bleiben, muss sie daher dazu übergehen, diese Logik radikal infrage zu stellen. Tut sie es nicht, wird sie dabei zusehen

müssen, wie ihr Protest gegen den Klimawandel in eine Lizenz zum

Klimakillen verwandelt wird.